

Das Land mit Migrationshintergrund und sein Bundestag

Über Diversitäts- und Repräsentationsvorstellungen zur Bundestagswahl 2021. *Von Deniz Oguzhan und Rebecca Pates*

Abstract Etliche Initiativen und parteipolitische Akteur:innen setzten sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 für ein diverseres und/oder repräsentativeres deutsches Parlament ein. Ausgehend von der Fragestellung, worum es den diversitätspolitischen Unternehmer:innen im Einsatz für mehr Diversität und Repräsentation geht, führten wir im Sommer 2021 Expert:inneninterviews durch. Die Akteur:innen vertreten unterschiedliche und teilweise konträre Anliegen, wenn von Diversität und Repräsentation gesprochen wird, manche lehnten die Konzepte gar gänzlich ab. Unser vorläufiges Ergebnis und Kern dieses Beitrags ist eine Typologie, mit der sich politische Akteur:innen entlang ihrer Verständnisse von Diversität und Repräsentation kategorisieren lassen.

Als Bürger und Bundespräsident“ dankte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kürzlich zum 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei den türkischen und anderen Migrant:innen für ihren Beitrag an der Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Aber ein solches Land – das doch vor einigen Jahren mit den Worten eines anderen Bundespräsidenten erst erkannte, „Der Islam gehört zu Deutschland“ (Christian Wulff), oder, mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel, „Wir alle sind Deutschland“ – braucht eine entsprechende Zusammensetzung seiner Regierung. Laut einer viel zitierten Analyse der „Süddeutschen Zeitung“ mit dem Titel „Diese Abgeordneten fehlen“ entsprach die Zusammensetzung des 19. Bundestages (2017-2021) nicht dem der deutschen Bevölkerung. Es „fehlten“, so die Autor:innen 140 Frauen, 63 Abgeordnete unter 29 Jahren und 104

*Deniz Oguzhan
ist Student der
Politikwissenschaft
an der Universität
Leipzig und war im
BMBF-geförderten
Forschungsprojekt
PoliLab als
Studentische
Hilfskraft tätig.*

*Dr. Rebecca Pates
ist Professorin des
Bereichs Identität
und Repräsentation
am Institut für
Politikwissenschaft
der Universität
Leipzig.*

über 60, 33 Muslime, 18 Deutsche mit Migrationshintergrund, 244 Abgeordnete mit Hauptschulabschluss und 43 Menschen mit Behinderung (Brunner et al. 2018). Von Atheist:innen und Bauern und Bäuerinnen ganz zu schweigen.¹

Das Problem der Repräsentation

Zunächst einmal genauer zum Problem: Dass „Abgeordnete fehlen,“ frustriert einige. Die kürzlich in den 20. Bundestag gewählte Sächsin Rasha Nasr (SPD) hatte in einem Interview mit der Heinrich-Böll-Stiftung wie folgt argumentiert:

„Dieser Bundestag ist einfach nicht repräsentativ. Wir brauchen mehr Perspektiven junger Menschen. Wir brauchen mehr ostdeutsche Perspektiven. Es braucht mehr Frauen. Frauen stellen die Hälfte der Gesellschaft. Da kann es ja wohl nicht wahr sein, dass in diesem Bundestag so wenige Frauen sitzen. Das ist lächerlich.“ (Dengi 2021)

Rasha Nasr artikuliert hier einen Mangel an deskriptiver Repräsentativität, also eine Ähnlichkeit oder Kongruenz zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten: „[W]hen human beings represent in this sense, what matters is not their actions [...] but what they are, or are like“ (Pitkin 1967, S. 81). Das Ideal wäre dementsprechend eine Zusammensetzung des Bundestages, der die Bevölkerung widerspiegelt, was wiederum heißen würde, dass 51 Prozent der Abgeordneten Frauen sind, 26 bzw. zwölf Prozent einen Migrationshintergrund haben², zehn Prozent Beeinträchtigungen haben, 80 Prozent keinen Hochschulabschluss besitzen usw. Hiervon gibt es aber unterschiedliche Varianten: Die sogenannte „mikroskopische“ Bedeutung von deskriptiver Repräsentativität sieht die ideale Parlamentszusammensetzung als sozial proportional zur Bevölkerung. Die „gewichtete“ Bedeutung plädiert für eine stärkere Gewichtung bestimmter (diskriminierter) Minderheitengruppen (vgl. Mansbridge 1999, S. 631 ff.; Mansbridge 2003).

Ein die Bevölkerung spiegelbildlich wiedergebender Bundestag könnte zudem das Gefühl stärken, „wir alle sind Deutsch-

1 Zur Unterrepräsentation von Bäuer:innen im Bundestag siehe Löhr (2021). Zu Atheist:innen im Bundestag – immerhin wohl ein Drittel der Bevölkerung – gibt es keine Statistiken.

2 Je nachdem, ob man die Ansicht vertritt, der Bundestag vertrete nur das deutsche Volk, oder aber die gesamte Bevölkerung in Deutschland, errechnen sich hier verschiedene Zahlen (siehe S. 503 in diesem Heft).

land” und dabei die symbolische Ebene der Repräsentation fördern. So moniert etwa der Verein Brand New Bundestag (BNB), der sich zum Ziel setzt, den Bundestag „progressiver und diverser” (Interview mit Oehl vom 6.8.2021; siehe auch der Beitrag von Maximilian Oehl in diesem Heft) zu gestalten, dass Menschen in Deutschland sich derzeit nicht repräsentiert fühlen, und nimmt zugleich an, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen den soziodemographischen Gruppen, die im Parlament sitzen, und den Entscheidungen, die dort getroffen werden:

„Deutschland hat ein Problem: Viele Menschen wünschen sich Veränderung, fühlen sich aber von der Politik nicht mehr repräsentiert und wahrgenommen. Unsere Gesellschaft wird immer diverser, unsere Parlamente jedoch nicht. [...] Wir setzen uns für mehr Diversität im Bundestag ein, denn nur wenn Menschen angemessen repräsentiert sind, können gute Entscheidungen für die gesamte Bevölkerung getroffen werden“ (Brand New Bundestag 2021).

Das Problem mit dem 19. Bundestag war also, wenn wir Hannah Pitkins Unterscheidungen folgen, ein deskriptives, symbolisches und auch ein substanzielles, ergo Interessen betreffendes. Und diese letzte Ebene sollte – neben dem Ruf nach einem „bunteren” Bundestag – zu denken geben. Denn während das Erreichen dieser Quoten die deskriptive und vielleicht auch symbolisch-affektive Vertretung verbessern würde, ist es wissenschaftlich umstritten, ob die Responsivität des Bundestags ähnlich schlecht wie derzeit bliebe.

Die „relativ starke Homogenität der zentralen Repräsentationsorgane parlamentarischer Demokratien vor allem bezüglich Geschlecht, Alter, sozialer und auch ethnischer Herkunft” (Deiss-Helbig 2013, S. 567; vgl. auch Best/Vogel 2018) korreliert wiederum mit einer problematischen Responsivität des Bundestags und wird zuweilen als ursächlich dafür gesehen. Mit „problematischer Responsivität” ist gemeint, dass der Bundestag Entscheidungen trifft, die den Interessen der Besserverdienenden in einem demonstrativ stärkerem Maße entsprechen als den Interessen der Sozialhilfeempfänger:innen, prekär Beschäftigten, Einkommensarmen und der Mittelschicht. Die Forschungsgruppe um den Politikwissenschaftler Armin Schäfer hat gezeigt, dass sich ein „deutliche[r] Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen von Personen

Mit „problematischer Responsivität” ist gemeint, dass der Bundestag Entscheidungen trifft, die eher den Interessen der Besserverdienenden entsprechen

mit höheren Einkommen, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang mit denen der Einkommensschwachen“ feststellen lässt (Elsässer et al. 2017, S. 161). Der Bundestag ist also responsiver für die Interessen der Gutverdiener und Wohlhabenden – und alle anderen haben guten Grund, sich schlecht repräsentiert zu fühlen.³

Die Homogenität der Zusammensetzung der Volksvertretungen selbst wird unter anderem durch das in der Bevölkerung unterschiedlich verteilte politische Kapital und die Motivation von Abgeordneten erklärt (vgl. Norris/Lovenduski 1993; für Deutschland Rudzio 2019, S. 444). Die Auswirkungen dieser homogenen Zusammensetzungen können zu Inkongruenzen bezüglich der Wertorientierungen und politischen Einstellungen zwischen Repräsentanten und einzelnen Gruppen der Repräsentierten führen.

*Was für ein Volk soll vertreten werden?
Geht es um die Betroffenen
der Entscheidungen oder
um die Mitglieder der Gemeinschaft?*

Zum anderen ist es aber umstritten, „dass ein Parlament als umso repräsentativer anzusehen ist, je mehr es ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellt“ (Deiss-Helbig 2013, S. 568). Geht es den Vereinen und Parteien also nicht so sehr um Responsivität oder, in Pitkins Worten, um substantielle Repräsentation, sondern vielmehr um deskriptive und symbolische Ebenen der Repräsentation – also nicht um Interessenvertretung, sondern um das Gefühl, vertreten zu sein, das sich aufgrund der Kongruenz von geteilten soziodemographischen Merkmalen einstellen soll?

Ein weiterer Aspekt der Repräsentationsfrage ist die nach dem Volk, das vertreten werden soll: Geht es hierbei vornehmlich um die Betroffenen der Entscheidungen, die vertreten werden sollen, oder die Mitglieder der Gemeinschaft?⁴ Erstere Perspektive wird von der 2017 gegründeten Partei *Die Urbane. Hip-Hop Partei* eingenommen, die in ihrem Wahlprogramm schreibt:

3 Dass das Problem der mangelnden Responsivität des Bundestags an der relativen Homogenität der Volksvertreter:innen liegt, ist allerdings umstritten. Die soeben zitierte Deiss-Helbig zeigt, dass sich die politischen Affekte weiter Teile der Bevölkerung eher auf die politischen Parteien beziehen als auf Vertreter:innen bestimmter soziodemographischer Gruppen.

4 Kosmopolit:innen unterscheiden sich von den Kommunitarist:innen danach, dass sie die Betroffenenperspektive stärker gewichten als die Gemeinschaftsperspektive: “the affectedness principle – everyone affected by a decision should have a say – trumps the community membership principle” (Merkel/Zürn 2019, S. 211).

„Wir kämpfen für Parlamente, die Diversität widerspiegeln, die wir von unseren Straßen kennen und lieben. [...] Wir sind ‚a voice of the silenced‘. Wir leisten Widerstand gegen weiße Vorherrschaft und kämpfen gegen Unterdrückungssysteme wie gegen das Patriarchat, gegen Kapitalismus, gegen Kolonialismus, cis Heteronormativität, Ableismus, Adultismus, Ageismus, anti-muslimischer Rassismus“ (Die Urbane 2021, S. 7).

Es werden also nicht so sehr die Responsivität des Parlaments oder Repräsentation des Volkes angestrebt, sondern „ein Kampf der Straße“. Ersteres wird im Weiteren eine kommunitaristische Einstellung genannt, letzteres eine kosmopolitische. Eine Legitimierung dieser Perspektive als im Grunde demokratischer wird von Wilhelm Streeck verteidigt; dieser meint, die als echte Demokratie bezeichnete aber eigentlich kommunitaristisch organisierte Staatlichkeit organisiere „postmodernen Klientelismus des neuen Finanzkapitals“ in anderen Staaten, etwa in Ost- und Südeuropa (Streeck 2013, S. 88).

Worum geht es im Einsatz für mehr Diversität?

Dass der Bundestag repräsentativer werden soll, ist eine in breiten Teilen der Bevölkerung wenig umstrittene Vorstellung. Was das genau bedeutet, ist jedoch, wie wir gerade gezeigt haben, umstritten. Womöglich ist aber zumindest das Verständnis von Diversität vergleichbar, also das Ziel der Bemühungen, die Zusammensetzung des Bundestags diverser zu gestalten. Hat sich im Vorgang zur Bundestagswahl 2021 ein Narrativ über die Vorzüge der Diversität in unserem Repräsentantenhaus herausgebildet, sowie Gegen-Narrative, die die Legitimität von Quoten anzweifeln?

Diese Fragen waren zentral für die Recherchen für diesen Beitrag. Dazu wurden mit Vertreter:innen von unterschiedlichen politischen Unternehmer:innen der Diversitätspolitik im Laufe des Sommers 2021 Interviews geführt.

- ▶ Niki Drakos, die Co-Vorsitzende der Partei „Die Urbane. Eine HipHop Partei“;
- ▶ Maximilian Oehl, einer der Mitinitiatoren der Initiative Brand New Bundestag;
- ▶ Serap Güler, zum Zeitpunkt des Interviews Staatssekretärin für Integration in Nordrhein-Westfalen, die inzwischen ein Bundestagsmandat für die CDU erlangt hat;

- ▶ Koray Yilmaz-Günay, Geschäftsführer des Migrationsrat Berlin e. V., einem Dachverband von über 70 Migrant:innen-Organisationen;
- ▶ Alexander Tassis, AfD-Politiker und Vorsitzender der Alternativen Homosexuellen, einem nicht eingetragenen Verein, der seit ca. 2014 als „Sprachrohr für die Homosexuellen, Transsexuellen und so weiter“ in der AfD diene;
- ▶ Rasha Nasr, die erste sächsische Bundestagsabgeordnete der SPD mit Migrationshintergrund;
- ▶ Dr. Hermann Otto Solms (FDP), der zweit-dienstälteste Abgeordnete des Bundestags der 19. Legislaturperiode.

Dass der Bundestag diverser sein soll, ist in der Wissenschaft nicht unumstritten. Zunächst sind Abgeordnete eben nicht als Vertreter:innen bestimmter soziodemographischer Gruppen im Bundestag, sondern vertreten das „ganze Volk“ (§38GG). Auf den ersten Blick scheint unter den befragten Personen der Begriff Diversität klar genug: Er meint zunächst alle, die keine „weißen cis Männer mit Hochschulabschluss“ sind. Aber bei genauerem Hinsehen trägt diese Klarheit. Da wäre beispielsweise der vermeintlich eindeutige Begriff „Migrationshintergrund“. Einen Migrationshintergrund hat, wer die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt, oder ein Elternteil hat, auf das dies zutrifft (Statistisches Bundesamt 2021). Also rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung Deutschlands, wovon wiederum etwa ein Drittel wahlberechtigt ist (ebd.). Einen Migrationshintergrund hat also ein in Deutschland geborenes Kind türkischer Migrant:innen, eine Rechtsanwältin, deren Mutter aus den Niederlanden kommt und ein Bauingenieur, der im Kindesalter aus dem Irak eingewandert ist.

Im Alltagsgebrauch, als Kategorie der Praxis (vgl. Brubaker/Cooper 2000, S. 4) in alltäglichen sozialen Interaktionen sozialer Akteure ist der Begriff „Migrationshintergrund“ allerdings ein ethnizierender, zuweilen auch rassifizierender. Wenn gefordert wird, dass der Bundestag diverser werden und die Perspektiven von Menschen mit Migrationshintergrund besser abgebildet werden sollen, ist damit in der Regel nicht gemeint, dass die Perspektiven der aus West- oder Nordeuropa eingewanderten Deutschen nicht genügend vertreten seien. Darauf deuten auch die Studienergebnisse der Soziologinnen Jennifer Elrick und Luisa Farah Schwartzmann hin (2015): Die Kategorie der „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird homogenisiert, ethnisiert und als einkommensschwach gedacht (Elrick/

Schwartzmann 2015, S. 1551f., 1547f.). Als Kategorie der Praxis im Alltag also wird eine andere Gruppe als diversitätsfördernder gedacht als in der Kategorie der Analyse des statistischen Bundesamts. Ähnliche Überlegungen lassen sich zu den anderen unterrepräsentierten Gruppen anstellen: Wie chronisch oder akut beeinträchtigt muss eine Person sein, um in die Gruppe der Beeinträchtigten zu fallen? Darf ein Mensch muslimischer Abstammung Atheist sein, und dennoch als Muslim gezählt werden? Solche Überlegungen fallen in die Probleme der Operationalisierbarkeit von Diversität, aber Vereine und Parteien, die sich der Erhöhung von Diversität verschreiben, können damit eine große Bandbreite an Bedeutungen transportieren.

Hinzu kommt, dass Verweise auf migrantisierte Gruppen auch Bedeutungen transportieren, die über die deskriptive Essenz weit hinausgehen können: Sie haben Funktionen als Chiffren, etwa für Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit, wie im Forschungsprojekt PoliLab (siehe Pates i. E.) herausgearbeitet wurde.

Wer ist das Volk?

„Wir alle sind das Volk“, meinte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2017. Anhand der kosmopolitischen Argumente konnte gezeigt werden, dass die Auslegung dieser Aussage sehr weit sein kann. Eine konservativere Perspektive wird von der Bundestagsabgeordneten Rasha Nasr (SPD, Sachsen) vor ihrer Wahl vertreten.

„[Der Bundestag] gehört dem Volk, [...] nicht den Bundestagsabgeordneten. Der gehört allen Deutschen, also jetzt nicht unbedingt nur Deutschen, aber [...] allen Menschen, die in Deutschland leben, das ist deren Eigentum“ (Interview mit Nasr vom 19.8.2021).

Die stellvertretende Parteivorsitzende der Partei „Die Urbane“, Niki Drakos, meinte dagegen, sie spräche für diejenigen, die nicht zum Volk gehörten, und auch die gehörten in die Volksvertretung – je nachdem, wen man mit „Volk“ meint:

„Wir sind nicht das Volk – und wir wollen das Volk auch gar nicht vertreten: Wir wollen uns selbst vertreten, und dass wir Teil des Volkes sind, ist gar nicht selbstverständlich, wir vertreten eher globale Identitäten. In weißen Mehrheitsgesellschaften, die demokratisch organisiert sind, werden Entscheidungen getroffen, die globale Relevanz haben, ohne dass die dadurch Betroffenen mit am Tisch sitzen. Durch uns kann diese globale Identität mit am Tisch sitzen“ (Interview mit Drakos vom 6.8.2021).

Auch Hermann Otto Solms (FDP) identifiziert in Deutschland eine Inkongruenz zwischen Herrschenden und Beherrschten, sieht aber das Problem anderswo:

„Ich sagte ja: ‚Alle Macht geht vom Volke aus‘ und dem Volk gehören alle Menschen deutscher Staatsangehörigkeit an, also auch die Kinder bis zum 18. Lebensjahr. Und deren Stimmen – das sind immerhin 16–18 Prozent der Stimmen – kommen nicht zum Tragen“ (Interview mit Solms vom 8.9.2021).

Solms beruft sich explizit auf das deutsche Volk und problematisiert nicht die Inkongruenz bezüglich in Deutschland lebender Ausländer:innen, wie Nasr es tut. Die Unterscheidung in kosmopolitische und kommunitaristische Einstellungen ist im Folgenden die Basis für den Versuch einer eigenen Typologie.

Diversität im Bundestag – die Vorstellungen

Die Sozialpsychologin Kathryn A. Howard untersuchte in einer experimentellen Studie, welches Verständnis von Diversität unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in den USA haben (2021). Ihr Ergebnis: Liberalere Bevölkerungsgruppen verstehen unter Diversität eher eine Diversität entlang demographischer Merkmale, konservativere eher eine Diversität von Standpunkten (vgl. Howard et al. 2021, S. 1). Dieses Resultat hilft auch im Rahmen der vorliegenden Studie: Das Interviewmaterial kann nach verschiedenen Diversitätsverständnissen der Interviewpartner:innen durchsucht werden. Konkret stellen sich die beiden Fragen:

- ▶ Welche Funktion hat Diversität für die verschiedenen politischen Unternehmer:innen?
- ▶ Und was ist ihr Ziel?

Das Ergebnis ist erneut eine Typologisierung: Geht es den Akteur:innen bei Diversität um eine soziodemographische Kongruenz – oder zumindest Ähnlichkeit – zwischen Volksvertreter:innen und Repräsentierten, so lassen sie sich als identitätspolitische Unternehmer:innen klassifizieren. Sind sie der Ansicht, dass eine inhaltliche Kongruenz das Ziel sein sollte, die Interessen der Volksvertreter:innen also den Interessen der Repräsentierten entsprechen sollen, so entspricht das dem Typus von interessenfokussierten Unternehmer:innen. Beispielsweise heißt es im Interview mit Maximilian Oehl (BNB):

„Alle wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland müssen adäquat repräsentiert sein. [...] Wenn wir keine Repräsentant:innen haben, die [...] Menschen zeigen, dass sie selber mit den eigenen Perspektiven [...] und Erfahrungen, die sie auf das Leben mitbringen, [...] Teil des politischen Systems sein können und da eine Stimme haben. Wenn es diese Vorbilder nicht gibt, was hält die Leute überhaupt noch daran, sich zu beteiligen?“ (Interview mit Oehl vom 6.8.2021).

Das Ziel von Diversität ist hier ein adäquates Abbild der Gesellschaft im Bundestag. Es geht in der Konsequenz zwar auch darum, dass „die Leute“ sich beteiligen, das erste Ziel der Diversität ist aber ein symbolisches und affektives: Es geht um Vorbilder und Identifikationspotentiale.

Ein Beispiel für einen interessenfokussierten Akteur stellt Yılmaz-Günay vom Migrationsrat dar. Er erwartet künftig eine diversere Zusammensetzung des Parlaments und sieht darin aber erst den Anfang einer Diskussion:

„Deswegen braucht es glaub ich eine breitere Perspektive, die nicht nur an Repräsentation orientiert ist, sondern auch an sozialer Gerechtigkeit. [...] Es gibt gute Gründe, Repräsentation immer gut zu finden, aber ohne ein Empfinden für soziale Gerechtigkeit wird Repräsentation keine Probleme lösen – die Probleme werden nur von anderen verursacht“ (Interview mit Yılmaz-Günay vom 16.8.2021).

Für Yılmaz-Günay steht nicht die einfache Abbildung diverser gesellschaftlicher Gruppen in den Vertretungsorganen im Vordergrund, sondern substanzielle Interessenvertretung, insbesondere – aber nicht nur – von marginalisierten Personen und Gruppen. Die Debatte um Diversität als soziodemographische Kongruenz wird durch diese Ansicht nicht nichtig. Sie kann zwar dazu führen, dass die Interessen der Menschen auch besser vertreten werden, sie muss es aber nicht zwangsläufig.

Interessant ist hier, dass sich trotz zahlreicher diversitätsorientierter neuer Gruppierungen keine klare Linie zu Bedeutung und Funktion von Diversität im Bundestag herauszuschälen scheint. Das sieht man auch an denen, die sich gegen die Erhöhung von Diversität aussprechen: Alexander Tassis von der AfD ist zwar für eine Erhöhung der Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Parlamenten, weil diese sich, seiner Ansicht nach, gegen Migration aussprechen würden – als „wahre deutsche Patrioten“ sähen sie am ehesten die Nachteile, die der stärkere Zugang von Menschen aus dem Ausland mit

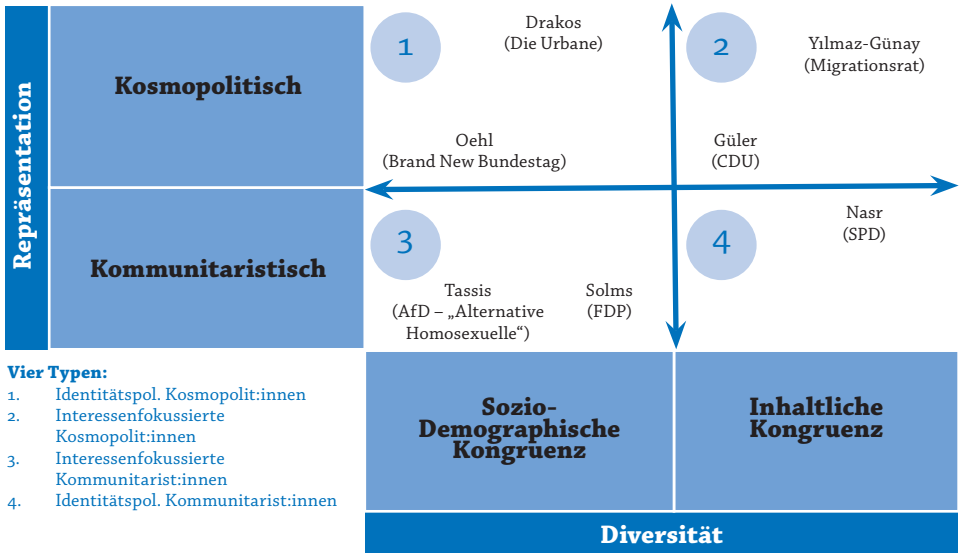
sich brächte (Interview mit Tassis am 16.8.21) –, ist aber dennoch, wie seine Partei auch, gegen jegliche Quoten. Auch Solms geht es darum, Meinungsvielfalt (derer, die sich durchsetzen) zu stärken, aber nicht soziodemographische Kategorien (Frauen) abzubilden. Auch die Diversitäts-Gegner meinen also nicht das Gleiche.

Zusammenhänge von Vorstellungen über Diversität und Repräsentation: Eine Typologie

Entlang der beiden Kategorisierungen – von kommunitaristischen und kosmopolitischen Repräsentationsvorstellungen, sowie von identitätspolitischen und interessenfokussierten Diversitätsvorstellungen – erfolgte die Einordnung der Interviewpartner:innen. Je weiter außen eine Person steht, desto eher entspricht ihr Verständnis dem jeweiligen Pol. Die vier idealtypisch abstrahierten Perspektiven gehen von unterschiedlichen Funktionen von Diversität im Bundestag aus:

- ▶ **Typ 1:** Die Identitätspolitische Kosmopolit:in sieht das Volk als nicht zentral für die Repräsentation, geht aber dennoch davon aus, dass eine „Vielfalt“ in den Vertretungsorganen die Welt zum Besseren verändern wird.
- ▶ **Typ 2:** Die Interessenfokussierte Kosmopolit:in hingegen geht davon aus, dass Interessenvertretung mit soziodemographischer Kongruenz nicht viel zu tun hat; man müsse sich mehr um die Interessen der sozial schlechter Gestellten kümmern als um Vielfalt als Selbstzweck.
- ▶ **Typ 3:** Die Interessenfokussierte Kommunitarist:in fokussiert sich auch auf Interessenvertretung, aber sieht das Volk (hier: die Deutschen) als zentralen Akteur der Politik.
- ▶ **Typ 4:** Die Identitätspolitische Kommunitarist:in sieht ein gewisses Maß an soziodemographischer Kongruenz zwischen Wählergruppen und Abgeordneten als wichtig an, das Volk in seinem kommunitaristischen Sinne bleibt aber zentral für Repräsentation.

Die befragten (anti)diversitätspolitischen Unternehmer:innen unterscheiden sich auf zwei Achsen und lassen sich in vier Felder einordnen (Abbildung 1). Niki Drakos von der Partei „Die Urbane“ ist, wie Koray Yılmaz-Günay, auf der repräsentativen Ebene kosmopolitisch eingestellt, aber im Gegensatz zu diesem geht sie davon aus, dass eine sozio-demographische Kongruenz zwischen den Vertretenen und den Vertreter:innen zielführend



ist; sie divergieren also auf der Ebene der Diversitätsvorstellung. Und während Tassis und Solms beide eher kommunitaristisch argumentieren, ist Solms sehr viel skeptischer, was den Nutzen soziodemographischer Kongruenz anbelangt.

Die Studie zeigt, dass im Wahljahr 2021 weder gemeinsame Erzählungen über die (Dys-)Funktionen von Diversität, noch über Gründe für eine Reform der Volksvertretung entstanden sind.

Abbildung 1:
Einordnung
von Interview-
partner:innen nach
Repräsentations-
und Diversitäts-
vorstellungen

Literatur

- Best, Heinrich/Vogel, Lars (2018): *Representative Elites*. In: Best, H./Higley, J. (Hg.): *The Palgrave Handbook of Political Elites*, London, S. 339-362, DOI:10.1057/978-1-137-51904-7_23.
- Brand New Bundestag (2021): *Unser Selbstverständnis*. <https://brandnewbundestag.de/unsere-forderungen/>.
- Brubaker, Rogers/Cooper, Frederick (2000): *Beyond „identity“*. In: *Theory and Society*, 29. Jg., S. 1-47, DOI:10.1023/A:1007068714468.
- Brunner, Katharina et al. (2018): *Bundestag: Diese Abgeordneten fehlen*. In: *Süddeutsche Zeitung*. <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordneten-fehlen-e291979/>.
- Deiss-Helbig, Elisa (2013): *„Ich bin einer von Euch“ – Zur Bedeutung sozialer und politischer Kongruenz von Abgeordneten und Bürgern für das Gelingen von Repräsentation*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 44. Jg., H. 3, S. 566-580, DOI: 10.5771/0340-1758-2013-3-566.
- Dengi, Zonya (2021): *„Dieser Bundestag ist einfach nicht repräsentativ.“* In: *Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg vom 16.7.* <https://www.boell-bw.de/de/2021/07/16/dieser-bundestag-ist-einfach-nicht-repraesentativ>.

- Die Urbane. Eine HipHop Partei (2021): Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021. <https://www.die-urbane.de/programm.html>.
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27. Jg., S. 161-180, DOI:10.1007/s41358-017-0097-9.
- Howard, Kathryn A./Cervone, Daniel/Motyl, Matthew (2021): On the Varieties of Diversity: Ideological Variations in Attitudes Toward, and Understandings of Diversity. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* vom 16.7., DOI:10.1177/01461672211028141.
- Löhr, Julia (2021): Bundestag sucht Bauer. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5.10. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fehlende-repraesentation-bundestag-sucht-bauern-17569323.html>.
- Mansbridge, Jane (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent „Yes“. In: *The Journal of Politics*, 61. Jg., H. 3, S. 628-657, DOI:10.2307/2647821.
- Mansbridge, Jane (2003): Rethinking Representation. In: *The American Political Science Review*, 94. Jg., H. 4, S. 515-528, <http://www.jstor.org/stable/3593021>.
- Merkel, Wolfgang/Zürn, Michael (2019): Conclusion: The Defects of Cosmopolitan and Communitarian Democracy. In: Wilde, Pieter de et al. (Hg.): *The Struggle Over Borders*. Cambridge, S. 207-238.
- Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1993): ‚If Only More Candidates Came Forward‘: Supply-Side Explanations of Candidate Selection in Britain. In: *British Journal of Political Science*, 23. Jg., H. 3, S. 373-408, <https://www.jstor.org/stable/194222>.
- Pates, Rebecca (i. E.): „Ostdeutsch“ und „Migrant“ als Chiffren der Leistungsdebatte. In: Vogel, Lars/Lorenz, Astrid/Pates, Rebecca (Hg.): *Ostdeutsch 4.0*. Berlin.
- Pitkin, Hanna (1967): *The Concept of Representation*. Los Angeles.
- Rudzio, Wolfgang (192018): Politische Elite in der Demokratie. In: Ders.; *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden, S. 441-464, DOI:10.1007/978-3-658-22724-1_15.
- Schwartzmann, Luisa/Elrick, Jennifer (2015): From Statistical Category to Social Category: Organized Politics and Official Categorizations of ‚Persons with a Migration Background‘ in Germany. In: *Ethnic and Racial Studies*, 39. Jg., H. 9, S. 1539-1556, DOI:10.1080/01419870.2014.996240.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): Bundestagswahl 2021: Jede dritte Person mit Migrationshintergrund war wahlberechtigt. Pressemitteilung Nr. 463 vom 1.10.2021, Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21_463_125.html.
- Streeck, Wolfgang (2013): Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? Eine Replik auf Jürgen Habermas. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 58. Jg., H. 9, S. 75-92.

Alle Internetquellen zuletzt aufgerufen am 12.10.2021.